



**mouvement
écologique**

COP26 – No de schéine Rieden, konkret handelen: Och zu Lëtzebuerg!

Die COP26 ging mit äußerst ernüchterndem Resultat zu Ende. Um die Klimaschutzziele erreichen zu können, kommt es jetzt vor allem auch auf konkretes Handeln der einzelnen Mitgliedsstaaten der EU an. Und da ist durchaus auch Luxemburg gefordert!

Die Botschaft ist eindeutig: Es geht um unser Überleben auf diesem Planeten, um den Erhalt der Lebensgrundlagen der Menschen und im Besonderen der zukünftigen Generationen. Wird weiter Zeit vertan, so ist die Klimakatastrophe kaum abwendbar und umso drastischer werden, allen Wissenschaftlern nach, deren Folgen und auch die zu treffenden Maßnahmen sein.

Auf der COP26 hat Luxemburg sich für weitreichende Maßnahmen ausgesprochen.

Doch leider gilt auch für Luxemburg: Worte und Taten liegen weit auseinander! In Luxemburg nehmen die CO₂-Emissionen pro Kopf zwar etwas ab: jedoch aufgrund des Bevölkerungswachstums – das wir derzeit brauchen um das Sozialsystem und den vermeintlichen Lebensstandard zu halten – **nehmen die CO₂-Emissionen insgesamt zu**. Laut einem Bericht der EEA (Europäische Umweltagentur) hat Luxemburg 2019 sogar 1,7% mehr Treibhausgase ausgestoßen als im Vorjahr. Ein Trend, der bereits 2016 seinen Anfang nahm!

Eine Kehrtwende und konsequentes Handeln sind deshalb auch in Luxemburg ein Muss!

Der Mouvement Ecologique möchte deshalb - stellvertretend für andere - 5 Instrumente in den Fokus rücken, die endlich ergriffen werden müssen, damit Luxemburg überhaupt eine Chance hat seine Klimaziele zu erreichen.

Während einer Woche wird der Mouvement Ecologique jeden Tag nach außen (u.a. in den sozialen Medien) eine konkrete Forderung an die Politik richten.

Denn wie auch immer man die Resultate der COP bewertet: es ist an jedem Land seine Verantwortung zu übernehmen und die notwendige Transition in die Wege zu leiten. Aus ökologischer, aber auch aus ökonomischer und sozialer Sicht.

1. Kéng Steiergelder méi fir ëmweltschiedlech Projeten!

Wenn Staaten klimaschonendes Verhalten, z.B. energieeffizientes Bauen oder die Solarenergie unterstützen so ist das eine gute Sache! Wenn jedoch gleichzeitig europaweit Mitgliedsstaaten Hunderte Millionen an öffentlichen Geldern in klima- und biodiversitätsschädliche Projekte investieren, so ist dies absurd! Steuerliche Vergünstigungen für den Individualverkehr, umstrittene Zuschüsse im landwirtschaftlichen Sektor, Bau von immer neuen Straßen u.a.m. müssen der Vergangenheit angehören.

Während andere europäische Länder bereits eine fundierte Analyse durchgeführt haben, in welchen Sektoren Gelder falsch investiert werden, tut sich in Luxemburg ... nichts!

Dabei lassen die Resultate dieser Studien aufhorchen: in Deutschland z.B. hat eine Studie des Umweltbundesamtes für 2018 einen Betrag von sage und schreibe 65,4 Milliarden Euro ergeben. Die französische Regierung z.B. hat zum 2. Jahr in Folge im Parlament eine Budget-Analyse - budget vert – vorgelegt. Dabei kam nur zur Schlussfolgerung, dass einer Gesamtsumme von 32,5 Mrd € Ausgaben im Sinne von erneuerbaren Energien, Dekarbonisierung der Industrie, sanfte Mobilität, Kreislaufwirtschaft, Förderung der Biodiversität u.a.m. rund 11 Mrd € umweltbelastende Ausgaben entgegen.

Dass die Situation bei uns nicht besser ist als in anderen Ländern, liegt auf der Hand. So investiert z.B. der Luxemburger Pensionsfonds („fond de compensation“) weiterhin Gelder in Kohle und Atomkraft, Leasing-Autos werden ohne Umweltkriterien weiterhin steuerlich begünstigt u.a.m. .
Dabei wird eine solche Analyse seit Jahren in Aussicht gestellt.

Der Mouvement Ecologique erwartet, dass die Regierung kurzfristig eine derartige Studie vorlegt, zur Diskussion stellt und umgehend umsetzt. Denn Subventionen können sehr kurzfristig reformiert werden!

2. E séchere Sozialsystem unni Wuesstemszwang!

Die Finanzierung des Luxemburger Sozialsystems ist derzeit abhängig vom Wirtschaftswachstum, einer steigenden Bevölkerungs- und Arbeitnehmerzahl.

Dabei befinden wir uns in einer Spirale: Wenn die Anzahl der Menschen, die ins Sozialsystem einzahlen, stetig anwachsen muss, damit die Leistungen heute erbracht werden können ... bedeutet dies auch, dass die künftigen Generationen für immer mehr nicht mehr kotisierende Menschen aufkommen müssen ... Ein Teufelskreis...

Es gilt diesen Teufelskreis nach zwanghaftem Wachstum zu durchbrechen! Denn es ist gewusst: Stetes Wachstum auf einem begrenzten Planeten ist nicht möglich! Auch in Luxemburg sind die Auswirkungen offensichtlich: unendliche Staus und Umweltbelastungen durch den Verkehr trotz massiver Investitionen in den öffentlichen Transport, Zersiedlung der Landschaften, explodierende Wohnungspreise, dramatischer Rückgang der Biodiversität u.v.a.m.

Viele Wissenschaftler fordern in der Konsequenz einen Ausstieg aus der Wachstumslogik, die nicht vereinbar ist mit dem Schutz der Biodiversität und des Klimas. Insofern muss dieses Dogma hinterfragt werden. Eine zentrale Maßnahme dabei ist, die Abhängigkeit der Finanzierung des Sozialsystems vom Wachstum zu beenden. Denn es gibt durchaus Alternativen: u.a von Umweltsteuern bis hin zu einer stärkeren Besteuerung des Kapitals.

Die Regierung muss ihre Verantwortung übernehmen und vor Ende der Legislaturperiode eine Analyse zu alternativen Finanzierungsformen des Sozialsystems auf den Tisch legen und eine graduelle Umsetzung in die Wege leiten.

3. Kee Gesetz a kee Projet méi oui Nohaltegeetscheck!

Seit 15 Jahren - oder sogar länger -, wird ein Nachhaltigkeits- / Klimacheck für wichtige Entscheidungen von den jeweiligen Regierungskoalitionen in Aussicht gestellt: Geschehen ist in der Praxis nichts! Rezent kündigte der Staatsminister ihn zwar in einem Nebensatz in der Rede zur Lage der Nation erneut an... Der Nachhaltigkeits- / Klimacheck ist jedoch vergleichbar mit dem *Monster von Loch Ness*: in Reden taucht es phasenweise immer wieder auf, verschwindet dann aber in der Versenkung und gesehen wurde es in der Realität nie!

Dabei ist ein solches Instrument von grundlegender Bedeutung: Es geht letztlich darum zu überprüfen, ob bei Entscheidungsprozessen (seien es generelle Programme, Gesetzesprojekte u.a.m.) der verschiedenen Ministerien u.a. den Zielen des Klima- und Biodiversitätsschutzes Rechnung getragen wird. Dies soll dazu beitragen, dass politische Entscheidungen nicht nur das „Heute“ oder den nächsten Wahltermin vor Augen haben, sondern die mittel- bis langfristigen Folgen von Entscheidungen.

Nach 15 Jahren Ankündigungen reicht es: Die Regierung soll den Nachhaltigkeits- und Klimacheck vorlegen und umgehend zur Diskussion stellen! Dabei soll er für alle Regierungsentscheidungen gelten!

4. De Véibestand der Notzfläch upassen!

Luxemburg ist auf Grund seiner Böden und des Klimas ein typischer Grünlandstandort, das heißt: der bedeutendste Anteil unserer landwirtschaftlichen Fläche kann nur über die Beweidung mit Wiederkäuern genutzt werden. Dementsprechend rechtfertigt sich die vorrangig aus Fleisch- und Milchproduktion bestehende nationale Landwirtschaft (76,3% des landwirtschaftlichen Produktionswertes).

Trotzdem hat diese Situation nicht mehr vertretbare Ausmaße angenommen. Die wenigsten unserer Milchkühe grasen noch auf unseren Weiden. Im Zuge einer zunehmenden Industrialisierung und Intensivierung v.a. der Milchbetriebe, werden immer mehr Tiere gehalten, die Ställe werden größer, die Weideflächen allerdings nicht. Immerhin 59% der Milch wird ins Ausland exportiert, die Gülle bleibt hier. Dies führt dann u.a. zur Überdüngung unserer Felder und Wiesen (denn irgendwo muss das verdaute importierte Futter ja hin) und einer hohen Nitratbelastung unserer Gewässer (100% der Oberflächengewässer und 55% des Grundwassers haben keine gute Qualität). Der Import dieses Futters

hat zudem eine negative Klima-Bilanz und fördert in anderen Ländern den Anbau von riesigen Monokulturen sowie die Zerstörung von Wäldern. Zusätzlich ist der Ausstoß von Treibhausgasen (Methan, Lachgas) des luxemburgischen Landwirtschaftssektors doppelt so hoch als der EU-Durchschnitt (dieser stammt z.T. aus überdüngten Böden und aus der Verdauung der Wiederkäuer). In der EU sind diese Emissionen gefallen, in Luxemburg stagnieren sie oder nehmen sogar zu!

Um ein richtiger und nachhaltiger Grünlandstandort zu sein, muss unser Viehbestand an die Fläche, die uns national zur Verfügung steht, gekoppelt und der Import von Viehfutter erheblich reduziert werden!

Folgende Maßnahmen muss die Regierung ergreifen:

- **Betriebliche Hof-Torbilanz, d.h. Erfassung aller Nährstoff-, Düngemittel- und Exporte pro landwirtschaftlichen Betrieb**
- **Verbot von Futtermittelimporten aus Übersee**
- **Erhöhung der Steuern auf Mineraldünger und Pestiziden**
- **Extensivierung von wenigstens 25% der landwirtschaftlichen Fläche**

5. Für ein ökologisches und sozialgerechtes Steuerreform!

Dass, das heutige Steuersystem reformiert werden muss, leugnet eigentlich kaum einer. Trotzdem wird die Reform immer wieder auf die lange Bank geschoben. Aus Nachhaltigkeitssicht ist diese Situation verheerend.

Luxemburg ist derzeit absolutes Schlusslicht in der Besteuerung von Umweltbelastungen / Umweltverbrauch. Die Umweltsteuereinnahmen sind in Luxemburg im Vergleich zu anderen EU-Ländern besonders gering, sie trugen im Jahr 2014 lediglich 5,25% zum gesamten Steueraufkommen bei, wobei der Anteil seit 2004 sogar kontinuierlich rückläufig ist. Die relative Belastung des Faktors Kapital war 2014 mit 21,2% auf einem historischen Tiefstand, mit ebenfalls stark rückläufiger Tendenz. Und die Besteuerung des Faktors Arbeit steigt kontinuierlich an, die Arbeit trägt mit über 50% den Großteil der Steuerlast.

Es liegt auf der Hand, dass hier eine Kurskorrektur unbedingt geboten ist. Es kann nicht sein, dass die Verursacher nicht im notwendigen Ausmaß für die verursachten Belastungen aufkommen, sondern die Allgemeinheit. Entsprechend haben die Verursacher keinen wirklichen Anreiz diese Belastung zu reduzieren, ganz im Gegenteil. Umweltschonendes Verhalten kann dann sogar teurer sein, da durch die Steuern / Abgaben die falschen Anreize gesetzt werden! Auch die Tatsache, dass in der heutigen Situation Kapital derart niedrig besteuert wird, ist nicht mehr tragbar.

Wissenschaftler der verschiedenen Fachbereiche – Klima- und Biodiversitätsschutz – erachten ein nachhaltiges Steuersystem als unumgänglich, wenn man diese beiden Krisen angehen will. Hierzu gehört eine sich graduell erhöhende CO₂-Steuer (es braucht dabei eine langfristige Planung, die derzeit in Luxemburg nicht gegeben ist, auch ist der Betrag weitaus zu niedrig), eine Steuer auf Pestiziden u.v.a.m. Natürlich gilt es diese mit sozialen Maßnahmen für finanzschwächere Haushalte auszugleichen.

Die Luxemburger Regierung ist gehalten umgehend Berechnungen und Anregungen für eine systematische Steuerreform auf den Tisch zu legen, in denen auch konkrete Anregungen über die verschiedenen Kompensationsmechanismen (vor allem auch für finanzschwache Haushalte) auf den Tisch gelegt werden.

Parallel müssten – knapp ein Jahr nach Einführung der CO2-Steuer – handfeste Zahlen über die Einnahmen der CO2-Steuer und die Verwendung dieser Gelder dargelegt, eine mittel- und langfristig vorhersehbare graduelle Erhöhung der CO2-Steuer vorgestellt werden.

Mouvement Ecologique asbl, November 2021